

Er scheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Abonnementpreis monatlich 30 A., 1/2 Jährl. 1.50 A. jährlich 1.50 A. Durch den Post bezogen 1.65 A.
"Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht bezogen, kostet monatlich 10 A., 1/2 Jährl. 30 A.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißfels-Zitt., Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Geiſtſtraße 21, erster Hof parterre rechts.
Telegraphen-Adresse: Volksblatt Halle/Saale.

Nr. 32.

Sonntag den 7. Februar 1897.

8. Jahrg.

Tagesgeschichte.

Die Säuger an der Arbeit. Genosse Viehnacht hat vor Kurzem in Holland eine Reihe von Vorträgen gehalten, die überall mit großem Beifall aufgenommen wurden. Obgleich dieselben gar nicht parteipolitischen Natur waren, wird doch jetzt in den gemäßigten Blättern das dümmste Zeug verbreitet, zum Teil in denugatorischer Absicht. So heißt es z. B., Viehnacht habe in Delft gesagt: Die deutsche Arme kann geschlagen werden, denn das Kriegsglück wechselt; dann ist die Zeit der Sozialdemokratie gekommen. Der Kampf um die Macht kann anfänglich möglicherweise unblutig sein, später aber wird, muß er blutig werden. Das ist gerade so wahr, wie daß Viehnacht vorigen Sommer vor den Berliner Kaufleuten erklärt haben sollte, wenn wir Sozialdemokraten an der Macht kämen, stellen wir unsere Gegner außerhalb des Gesetzes, und ebenso wahr, wie daß er vor drei Jahren in Stuttgart zur Ermordung Carnots aufgefordert hätte. Von der deutschen Arme sprach Viehnacht nur im Gegenatz zum allgemeinen Einmütigkeit, auf welchem allein das deutsche Reich liegt ruhe, während man nach dem bekannten Talleyrand'schen Wort mit Bajonetten alles Mögliche thun kann, nur nicht darauf sitzen. Daß das Bismarck'sche Preßgeheimnis ganz besonders heftig kämpft, verhielt sich von selbst — um so mehr, als die „nationale“ Politik dieses Bismarck's des Landesverrats von Viehnacht in seinen Vorträgen — allerdings nur ganz nebenbei — nach Verdienst gekennzeichnet ward.

Wir wissenschaftler an der Spitze der Zivilisation. Was ist in Afrika geschieht, das wissen alle. Wie es dahin auf unseren Universitäten, diesen „wissenschaftlichen Eichen der Wissenschaft“, geschieht, das sagt uns ein alter nichtpreußischer Professor:

„Es ist eine gewisse Wahrheit, daß der Besuch allgemein wissenschaftlicher Vorlesungen an den deutschen Universitäten seit fünfzig Jahren in erschreckendem Maße abgenommen hat.“
Der Mann, der das schreibt, ist ein Konservativer, also einer, der die heutigen Zustände nicht dom. „konservativen“ Standpunkt beurteilt. Der Aufsatz, in welchem die Worte stehen, findet sich in der Kreuz-Zeitung vom heutigen Tag.
„Seit fünfzig Jahren hat der Besuch allgemein wissenschaftlicher Vorlesungen auf den deutschen Universitäten in erschreckendem Maße abgenommen.“
„Seit fünfzig Jahren herrscht in Deutschland das preussische Judentum, die Polizei und die fromm-drückende Geistlichkeit. Im November 1848 jagt Branjel in Berlin ein und führte den Staatsrecht gegen die Nationalversammlung aus. Damit war den kindlichen Träumen der Märzrevolution ein Ende gemacht; was noch von Volkserhebungen nachkam, konnte an dieser Lastigkeit nichts ändern. Die Reaktion sah wieder im Sattel. Erst ließ sie Montefel, dann Bismarck, und heute hat sie verschiedene Namen. Aber es sind immer dieselben räufendsten Menschengruppen, welche das Regiment führen, und welche es glücklich so weit gebracht haben, daß im Vaterlande des Denkwürdigen und der Schulen der Besuch allgemein wissenschaftlicher Vorlesungen an den Universitäten“ in erschreckendem Maße abgenommen hat.“
Man merke: es ist ein wissenschaftliche Vorlesungen! Die wissenschaftlichen Vorlesungen werden zwar nicht fleißig besucht, aber doch „belegt“, denn sonst gäbe's keine Anstellung.

Und vor heututage auf die Universität geht, der will in der Regel eine Anstellung haben oder wenigstens „Karriere machen“. Das Studium ist „Profitstudium“. Auf die Wissenschaft wird geiffen. Denn der Staat selber preist auf sie. Der Junker, Polizei und Wackerfisch braucht keine Wissenschaft — er kann sie nicht brauchen — er braucht „gute Gefinnung“ und „streblame“ Beamte, die um so besser sind, je weniger sie denken. Denn das Denken ist nicht bloß bei den Bajonetten gefährlich.

Die Einflußlosigkeit des Bürgertums beklagt die Post. Sie führt aus:
„Der Verband des Bauernbunds für seine Sprossen die maßgebenden Ämter, er schließt von den Offizieren einer ganzen Menge Regimenter das Bürgertum aus; er macht, wie noch kürzlich ein konservatives Parteiblatt erklärte, eine besondere „Bestimmung zur Herrschaft“ geltend. In der Volksvertretung sitzen weit mehr Gelehrte, als der geistlichen, politischen oder wirtschaftlichen Bedeutung des Reichs entspricht. Mit erschreckender Rückständigkeit bedingt das Judentum die Gesetzgebung zur Beherrschung seiner persönlichen Interessen... Aber so klein das Judentum im Vergleich mit dem Bürgertum ist, es ist noch heute wie in der Reaktionszeit eine mächtige Partei. Diese Partei hat seit Erlaß der Bundesverträge solche Fortschritte gemacht, daß sie gegenüber der Regierung die nötige Widerstandskraft nicht mehr besitzt und auch nicht mehr gewinnen kann, wenn nicht durch eine mächtige Volksbewegung bei den nächsten Reichstagswahlen dem Oberherrn eine entscheidende Niederlage bereitet wird. Welche Zustände herrschen im Deutschen Reich! Das Bürgertum muß beklagen die Augen zu sehen, wenn es sieht, welchen bestimmten den Einfluß der Wissenschaft in großen Kulturstaaten, in England, Frankreich, Italien, Ungarn, ausübt; während es in Deutschland nur Ohnmacht verurteilt ist. In welchem dieser Staaten

wäre es denkbar, daß der Kern des Bürgertums überhaupt von den höheren Ämtern ausgeschlossen würde, daß die Regierung sich nicht großbürgerlicher Parteien überhaupt nicht erhebt in Frage käme? Wo wäre es erdacht, daß den Großstädten durch die veraltete Einteilung der Wahlkreise die gebührende Anzahl in des geistreichen Köpfern potentiellen würde zum n länder Wahlkreise, die durch Großgrundbesitzer werden? Das Budgetrecht ist in Preußen und Deutschland so unzulänglich, daß über eine arbeitslose Frage, wie die Erhöhung der Ehrenabgabe an Kriegsinvaliden, Artikel auf Artikel geschrieben werden, als habe die Volksvertretung, die die Steuern bewilligt, ein V. über den bezogen, wenn für den Rezenten nicht anwenden wollte, als der Finanzminister fordert. In gemessenen Zwischenräumen kann die Volksvertretung Lagegeber für die Mitglieder fordern, ganze fünfzehn Mark für Tag und Kopf, während die Mitglieder des Bundesrats ihre hohen Gehälter und Entschädigungen beziehen.“

So geht die Frage fort. Zutreffend ist sie, aber das Bürgertum erntet mit der Mächtigkeit und Beachtung, die es erfährt, doch nur die Frucht seiner eigenen Sünden. Es hat sich aus Furcht vor der Sozialdemokratie her Reaktion in die Arme geworfen und Bismarck's infame Gewaltpolitik unterstützt. Ein solches Bürgertum verdient den Spott des Judentums und die Einflußlosigkeit im Reimant.

Zur Verhandlung politischer Gefangener in Preußen. Die Rhein-Wesf. Arbeiterzeitung schreibt: Wie unsern Lesern bekannt, wurde dem Reichstag von Sen. Tod im Gefängnis zu Münster die Selbstbestätigung angeklagen unter Bezugnahme auf einen ministeriellen Erlaß, nach welchem die Selbstbestätigung von Strafgefangenen überhaupt nicht mehr zulässig ist. Von einer amtlichen Stelle, die man für informiert halten muß, wird uns jetzt mitgeteilt, daß ein Bericht in dieser Richtung nicht existiert. Es wäre doch sehr erwünscht, wenn dies authentisch festgestellt würde; vielleicht bietet sich bei der dritten Lesung des Etats im Reichstage die Gelegenheit zu einer Anfrage.

Auch unserm Kollegen vom Volksblatt für Harburg z., Genosse Kaufmann, wurde von der Direktion des Gefängnisses in Hameln mitgeteilt, daß ihm auf Grund einer ministeriellen Verfügung Selbstbestätigung nicht gewährt werden könne.

Im Reichstage schwiegen sich bei der Verhandlung über den Justizetat die Schöpfer und Niederbinger gründlich aus, als sie über die Erlässe, einer solchen Verordnung Ausdruck geben sollten. Die Frage ist aber so bedeutungsvoll für den Kulturzustand Preußens, so wichtig für jede politische Partei, so brennend für die gesamte Presse, daß es sich wohl ge bühren würde, daß amtliche Erklärungen endlich erfolgen. Sache der Presse ohne Unterschied wäre es, nicht zu ruhen, bis für die Behandlung der „Reichsdr.“ Garantien geschaffen werden, wie sie selbst rüchfändige Länder wie Oestreich und Ungarn besitzen.

Fünfähr. Lebenslohn! Während die Arbeiterzeitung aller Schattierungen mit Heftigkeit gegen die Einführung des Fünfjähr. Lebenslohn's fortreuen, verurteilt die alte und hochangesehene Weizsäcker-Papier- und Schreibwarenhandlung von D. H. Binder (Inhaber A. u. D. Wünsche) folgende Mitteilung: „Ich teile Ihnen ganz ergebenst mit, daß ich von heute an endgültig mein Geschäft nachmittags 5 Uhr schließen, nachdem eine dreimonatliche Versuchszeit gütlich ausfallen ist. Ich werde also nunmehr mein Geschäft ununterbrochen von 7/8 bis 5 Uhr geöffnet halten.“ Ein fünfjähr. Lebenslohn für die Beteiligten der Arbeiterzeitung! Die Angestellten der genannten Firma werden dieser ebenso Dank wissen, wie die Arbeiterzeitung im allgemeinen für das gegebene Gut Beispiel.

Wie konservative Wahlen zu Stande kommen, davon gibt wieder einmal die für unglücklich erklärte Wahl Reichstags im ersten weimarischen Wahlkreise ein bezeichnendes Bild. Bekanntlich verließen die Konservativen die Ungültigkeitserklärung der Reichstagswahl mit allen Mitteln zu verhindern. In Ammanhof und Schloßwippach, — die beiden Orte, welche infolge der dort vorgekommenen Unregelmäßigkeiten die Ungültigkeitserklärung hauptsächlich in Betracht kommen, — war man deshalb auch, nach dem kurz vor Weihnachten durch den Antrag auf Verlegung dieser Wahlprüfung gestellt, hatte, in gewissen Kreisen sehr thätig, um Material — Erklärungen — zur Verhinderung der Ungültigkeitserklärung her. Wahl zu beschaffen. Am Neujahrsstage waren zufällig (7) die sogenannten Personen des unter der Leitung des Lehrers Dr. Götter stehen des Reichstagsrats in Schloßwippach im Georgialden Rehenamt verammelt; bei der Besprechung über die Wahl-Angelegenheit äußerte sich ungefähr der Herr Herrer Schmidt: „Wenn man das Ausstellen aufgeschrien hätte, da wäre es schon längst rum.“ Es haben sich nun trotz geübter Verleumdungsgarbei genügend Zeugen gefunden, die trotz der neueren gegnerischen Erklärungen unter Eid bezeugen können, daß die im Prozeß angeführten Unregelmäßigkeiten tatsächlich vorgekommen sind. In Schloßwippach sind im Auftrag des Gemeindevorstandes Th. oder Leber durch den Gemeindevorstand am Tage vor der Stichwahl in ordentlichen Weise durch Ausschleusen und Austrufen die Wähler aufge-

Interaktionsgebühr beträgt für die Hauptwahlzeitung oder deren Raum 10 A., für Wohnstätten- und Veranlassungsanzeigen 10 A. Im reaktionellen Teile kostet die Seite 5 A. Anträge für die nächste Nummer müssen spätestens bis vormittags 10 Uhr in der Expedition abgegeben sein. Eingetragen in die Verzeichnisse unter Nr. 223.

fordert worden, nur den Kandidaten der Ordnungspartei, den Gutsbesitzer Reichsmuth zu wählen. — Das sind Fälle der traffesten Wahlbeeinflussungen, daß selbst der Wähler ausgehen muß, durch das Aufgreifen — Bekanntwerden — derselben, sei die Wahl ungültig.

Soziale Heberpflicht.

— Die Errichtung eines köstlichen unentgeltlichen Arbeitsnachweises beantragt in der Stadtverordneten-Versammlung in Spandau unser Genosse Schröder. Das Kollegium beschloß die Wahl einer Kommission zur Beratung dieser Angelegenheit und legte die Beschlußfassung über den Antrag so lange aus, bis diese berichtet haben wird.

— Die Großen fressen die Kleinen. Die Zahl der Bierbraueren Englands ist von 15 774 im Jahre 1882 auf 8785 im Jahre 1896 gesunken, die Menge des gebrauchten Bieres hat aber natürlich zugenommen, denn die Bierproduktion ist mehr und mehr zum Großbetrieb geworden.

— Heberproduktion. Die Rübenerzeuger Feingoldschlager haben beschlossen, um einer weiteren Heberproduktion vorzubeugen, am 1. Februar die Arbeitszeit für die nächsten vier Wochen auf 5 Tage pro Woche zu verkürzen. Diefem Beschlusse sollen sich auch die Betriebe der gleichen Branche in der Umgebung, so namentlich in Schmabach und Fritsch, angeschlossen haben.

— Der Vorstand des deutschen Metallarbeiter-Verbands veröffentlicht in der neuesten Nummer der deutschen Metallarbeiterzeitung einen Entwurf zu einem Reglement für die Arbeitslohnunterstützung mit den dadurch notwendigen Veränderungen des § 5 des Statuts. Die Unterstützung gliedert sich in solche für Reisende und solche für Ortsanwähler. Ein Reisender kann erhalten auf einer Tour 15 M., auf einer zweiten Tour nach Ablauf von 13 Wochen wieder 15 M. und dann erst nach einem halben Jahre 15 M. Angenommen, der Reisende geht am 1. Juli 1898 auf die Reise und erhebt im Zeitraum von sechs Wochen 15 M. Er wäre dann ein Vierteljahr angesteuert, könnte also vom 15. August bis 15. November nichts erhalten, wo die dann wieder arbeitslos und erhebt bis Ende Dezember 1898 nochmals 15 M. Er hätte dann, da er 30 M. im Jahre erhalten hat, ein halbes Jahr zu warten, das wäre bis zum 30. Juni 1899. Vom 1. Juli 1899 wäre er wieder bezugsberechtigt, so daß er vom 1. Juli 1898 bis 15. August 1899 ca. 45 M. erhalten könnte. Der Ortsanwähler, der sich z. B. am 1. Juli 1898 meldet, erhält für die ersten sieben Tage nichts, vom siebenten Tage aber 1 M. pro Tag 42 Tage lang. Geleht, er erhebt die Unterstützung in einer Arbeitslosigkeit, so wäre er am 18. August 1898 mit 42 M. angesteuert und könnte dann erst vom 18. August 1899 an wieder Arbeitslohnunterstützung erhalten. Die Unterstützungen stellen sich also in den gleichen Zeiträumen annähernd gleich.

— Zum Geschäftsgang der schweizerischen Banken. Die Zahl der Banken hat abgenommen, während der Gewinn sich ganz bedeutend gesteigert hat. Während 21 Banken im Jahre 1871 mit 293 024 M. Gewinn arbeiteten, konnten 1896 nur 15 Banken einen Gewinn von 1 527 600 M. aufweisen. Es haben somit die Aktienbanken, möglicherweise im Laufe von 25 Jahren 24 Millionen M. mehr als gewonnen! Hierfür gibt es vor allem in einem demokratischen Staates, wie es die Schweiz ist, sicherlich gute Verwendung genug.

— Eine neue Arbeiterkrankheit. In Zuchhausfabriken wird in letzter Zeit vielfach eine höchst bedenklich auftretende Arbeiterkrankheit beobachtet. Diefelbe äußert sich zunächst durch eine intensive Blaufärbung der Haut, besonders der Lippen; darauf folgt eine mit Schwindelgefühl und Bittern der Extremitäten verbundene allgemeine Mattigkeit, der sich ständiger Harigwahn, verbunden mit Wuthrath, angeschlossen bis sich schließlich gefährliche Geschwüre bilden. Durch das Ausschneiden der letzteren wird in einigen Fällen eine Besserung herbeigeführt, doch treten immer wieder Rückfälle ein, die zum Tode führen. Die Krankheit ist noch so neu, daß es bisher nicht möglich war, ihre Ursachen und ihr Wesen zu erforschen, und erst wenn dies gelungen sein wird, wird es möglich sein, Hilfsmittel ausfindig zu machen.

— Unter den Proletariatskämpfern hält der Tod reiche Ernste. Der Kinderarzt Konradts in Offen hat über die Notwendigkeit von Kinderkrankenbäuerinnen eine Broschüre herausgegeben, die ein furchtbares Bild entrollt über das Elend des Fabrikproletariats an der Ruhr, von dem der Zuchhausminister Schönfeldt augenscheinlich keine Ahnung hat, sonst hätte er bei Besprechung des Falles Schröder nicht auf die glückliche Lage der Arbeiter im Ruhrbezirk hinweisen können.

Der Sachmann Dr. Konradts teilt mit, daß von den 8029 Todesfällen, die in den letzten 4 Jahren im Stadbezirk Offen sich ereigneten, 4439 auf Kinder unter 5 Jahren ent-

stelen. Die Ursache dieser furchtbaren Kindersterblichkeit liegt Herr Konrad mit Recht in den elenden häuslichen Verhältnissen der kleinen Patienten, in den dumpfen, rauchgeschwängerten Wohnräumen der Arbeiter, wo man sich nur wundert, daß überhaupt eine Erziehung der Kranten stattfindet. Es ist ganz leicht zu verbessern: frische Luft, gutes Essen, sorgfältige Pflege; die hauptsächlich traurigen Ernährungsbedingungen der Arbeiter liegen diese Verordnungen wie John erkennen.

Besonders für die ansteckenden Krankheiten seien die Arbeiterverhältnisse wahrer Bräutchen. Die Malaria, die Krankheit der Armen — so nennt sie der bürgerliche Arzt Konrad — sei in der Nachkommenschaft der hiesigen Industriearbeiter im steigenden Maße vertreten. Von einer Isolierung des mit ansteckender Krankheit befallenen Kindes könne infolge der beengten Wohnräume nicht die Rede sein und daher die ersichendste um sich greifende epidemische Kinderkrankheit, die S. S. Cholera und Diphtheritis.

Herr Konrad plant für die Einrichtung von speziellen Kinderkrippen, und zwar in der überzeugendsten Weise. Er ist aber auf dem falschen Wege, wenn er die Durchführung seines Projektes der privaten Volkshilfe anheimstellt. Der Staat, die Gemeinde soll den in dem genannten Werthen festgelegten Nachbarn energisch Einhalt gebieten. Solche Aufgaben sehen freilich nicht so glänzend und prächtig aus, wie die Schaffung neuer Regimenter; aber über ihre Bedeutsamkeit kann kein Zweifel aufstehen.

Tagesordnung

für die oberste Sitzung der Stadtverordneten,
Montag, 8. Februar c., nachmittags 4 Uhr.

Definitive Sitzung

1. Abänderung des Programms der Anleihe von 1892 und Beschaffung von Mitteln.
2. Festsetzung des Haushaltsplans für das Stadttheater für 1897/98.
3. Abänderung der Gehaltentabelle der Beamten.
4. Festsetzung des Haushaltsplanes der Gottesacker-Verwaltung für 1897/98.
5. Mittelbewilligung für Berechtigung einer Lehrerin an der höheren Mädchenschule.
6. Mittelbewilligung zur Regulierung des Viktoriaparks.
7. Mittelvermittlung von Läden im Anbau des roten Turmes.
8. Vermietung des Verkaufsladens Nr. 5 im Ratstellersgebäude.
9. Ergänzung der Feuerordnung.
10. Prüfung und Entlassung der Rechnung über den Neubau des Städtischen Hauses.
11. Entlohnung der Rechnung der Steuerhelfer für 1893/94.
12. Revision Jander. Vergütung von Arbeiten an Sitzabtheilern betreffend.

Geschlossene Sitzung

13. Wahl eines Schiedsmanns und eines Stellvertreters für den 4. Bezirk.
14. Wahl von Vertrauensmännern zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen.
15. Wahl eines Schiedsmanns-Stellvertreters für den 6. Bezirk. Der Stadtverordneter-Vorsitzer. W. Dittenberger.

lokales und Provinziales.

Halle a. S., 6. Februar 1897.

* **Nahrung, Weisenerlöse**! Die noch ausstehenden Listen Nr. 1659, 1661, 1662, 1669, 1699, sowie die Serie 3178—3238 und die Serie 4001—4020 sind bis Montag den 8. Februar abends abzugeben an den Verwaltenden des **Städtischen Rathes**.

* **Polizeilich vernommen** wurde am Donnerstag unser Kollege Salomon wegen eines Artikels in Nr. 12 des Volksblattes vom 15. Januar, welcher die schändlichen Bucherpreise berechnet, die von einzelnen Weisenerlösern für den Verkauf der Hilfsmaterialien an die Arbeiter und Arbeiterinnen verlangt worden sind. Von den vielen einzelnen in dem Artikel angegebenen Positionen ist nur eine einzige beanstandet worden. Es ist die Angabe, daß Hr. Seiler die Rolle zumammennähren, die er für 30 Pf. einfaßt, für 50 Pf., also mit 66 2/3 Proz. Aufschlag, verkauft. Wir sehen mit einer gewissen Freude der weiteren Entwicklung der Klage entgegen. Es wird sich ja zeigen, ob durch die Thatfachen, die erwiehelt werden können, die Staatsanwaltschaft nicht gezwungen werden wird, gegen die Fabrikanten wegen Verletzung des Trückerrechts vorzugehen.

* **Wer hat nun recht?** Daß die Ausfertigung einer Verleumdungsanmeldung manchmal sehr lange dauert, wollte Herr v. Holly in der letzten Sitzung dem Genossen Albrecht gegenüber damit erklären, daß erst über auswärtige

Referenten „Erkundigungen“ eingezogen werden müßten. Wir haben den Herrn Bürgermeister Holly bereits darauf angezeigt, daß sich kaum eine unbefohlene Ausrede denken läßt, als die von ihm gewählte. Jetzt wird Herr v. Holly aber auch aus dem eigenen Munde dementirt. Der Gen.-Anz. veröffentlicht nämlich eine offenbar aus dem Rathssaal stammende Notiz, welche das Vorhandensein bürokratischer Unflätigkeiten natürlich in Abrede stellt und zur Erklärung des vorliegenden Falles folgendes sagt:

„Verleumdungsanmeldungen werden in der Regel der Polizeiverwaltung abgegeben, wofür ein Beamter aus dem Schriftführer des Eingangsamtes ist. Sodann trägt ein Hilfsarbeiter der Polizei die Anmeldung an Treppel über in das Bureau, in welchem das Journal geführt wird, dort wird die Sache journalisirt und die betreffende Journalnummer auf die Anmeldung gesetzt. Diese Arbeit wird besorgt werden, weil die Journalnummer auf die Verleumdungsanmeldung gesetzt werden muß, sie erfordert eine Zeit von höchstens 5 Minuten, während welcher der Kammerbote selbst in der Regel verweilt. Sobald der Hilfsarbeiter zurückkommt, wird das Verleumdungsformular (welche nachfolgenden Vorlagen) ausgefüllt. In wenigen Minuten ist somit die Sache erledigt. Alle weitergehenden Verhandlungen des St. B. Albrecht sind unnötig und müssen als fahrlässige Beschuldigungen ausgedeutet werden.“

Das einzige, was durch diese Erklärung als nachgewiesen erachtet werden könnte, ist, daß die Ausfertigung der Anmeldung nicht so lange dauert, als behauptet worden ist. Das Vorhandensein der bürokratischen Unflätigkeiten ist an sich nicht direkt zugegeben. Denn warum wird die Journalnummer nicht gleich im Anmeldebüro auf die Anmeldung geschrieben und zwar von demjenigen Beamten, der die Anmeldung entgegennimmt? Was aber den Aufschlag anlangt, der mit Unwahrheit und falschen Anschuldigungen operirt, so möchten wir doch daran erinnern, daß erst im vorigen Jahre Herr Weydemann infolge einer gegen ihn erhobenen Beschwerde von der Regierung zur Vergebung eines Wäfers erhalten hat, weil er das Wort „fort“ im Ruffamerischen Sinne auslegte und dem Beschwerdeführenden erklärt hatte, die gesetzliche Bestimmung, die Vernehmung einer Anmeldung müsse sofort erfolgen, habe den Sinn: wenn der betreffende Beamte Zeit hat. Außerdem könnten sehr viele Fälle angeführt werden, daß von 5 Minuten nicht die Rede sein kann, sondern die Ausstellung der Vernehmung in der That eine halbe Stunde und länger gedauert hat.

In Sachen der Bürgervertretung steht auf nächsten Freitag Termin zur mündlichen Verhandlung vor dem Bezirks-Ausschuß in Merseburg an.

* **Ein braver Staatsbürger.** In der Aisleber Zeitung fand sich neulich folgendes Infotot:

„Das von einer Anzahl Arbeitern (Sozialdemokraten) neulich in einem hiesigen Lokale an mich gethane Ansuchen, mich doch auch zur Sozialdemokratie zu bekennen und nicht so agrarisch gesonnen zu sein, andererseits ich sonst bespottet, d. h. nichts mehr von mir gefürcht werden, weise ich hiermit öffentlich zurück. Ich bleibe wie ich bin, die ganze Sozialdemokratie kann mit gefohlen bleiben.“

Stäber, Rordomgemeiner. Der gute Mann hat völlig recht — und wir können es ihm nachfühlen — wenn er in die Öffentlichkeit flüchtet, um auf diese Weise das böse Ansehen, das man ihm von so rühmlicher Seite gestellt hat, abzuwischen. Und wenn dieses Abwischen nur noch dazu in den Spalten einer Zeitung mit dem nötigen Klim-Pim geschieht, dann macht es sich desto wirkungsvoller. Die Ordnungsführer können sich freuen, wieder einmal eine arme Seele gewonnen zu haben. Es ist allerdings unverantwortlich von sozialdemokratischen Arbeitern, an einen solchen Gesellschaften mit einem betagten Ansehen heranzutreten. Möge der Mann bleiben wie er ist!

* **Diebstähle** sind in letzter Zeit wiederholt vorgekommen. So wurden in der Nacht zum Freitag bei einem hiesigen Architekten die Geschäftsräume erbrochen und ausgeraubt. Von den Dieben hat man bis jetzt noch keine Spur.

Neumburg. Wegen Körperverletzung, Bedrohung und Verleumdung wurde der Arbeiter August Wilitz aus Weiskensfeld in 3 Wochen Gefängnis verurteilt. Seine gegen das Urteil eingelegte Berufung wurde verworfen.

Görlitz. Wegen Vergehens, begangen an einem 9-jährigen, förderlich zurückgebliebenen Mädchen, wurde der Schneider Karl Thiel aus Steuditz, zu drei Tagen Gefängnis verurteilt.

Freiburg. Vor einigen Tagen legte sich ein hiesiger Einwohner und früherer Verleumdungsgegner auf einen mit zwei Weibern bekannten Schilfen, der vor einer Wirthschaft stand, und festhierte davon. Dem Wirthsbesitzer, in den Lufsturz zu geraten, konnte vorge-

auch weiter nichts, als seine Vorgänger gethan hatten. Erfolgreiche den Läufern der Königin und ließ alle geringen Widrigkeiten aus dem Leeren Brunnen des Staats schöpfen: Schnell, greift zu — breitt Euch — es wird bald nichts mehr da sein! rief er seinesgleichen zu und diese waren nicht böse.

Während das Volt Junger litt, taumelte die Königin und ihr Anhang von einer Laubart und von einem Vergnügen in das andere.

Der König wollte sparen und hatte die Kühnheit, einige Ausgaben an den ewig geringen Hofadel verringern zu wollen. Die Folge davon war eine förmliche Hofrevolte.

Der Herzog von Orléans machte dem König vor dem versammelten Hof beruher, der Monarch gab klein bei und es blieb beim alten. Wo sich die Königin sehen ließ, rief das ausgebeutete Volk: „Seht da Madame Desjail!“

(Dieser Ausdruck hat im Französischen eine Doppelbedeutung, Desjail bedeutet: Wehe! Schanden wie Entmannen; aber auch im wörtlichen Sinne kann ein Rang an Ehre und Gehalt darunter verstanden werden.)

Die Revolution nahe heran.

4. Vom 1. bis 7. Mai 1789.

Einberufung der General-Stände-Versammlung. Als der Finanzminister de Calonne sah, daß nichts mehr, aber auch gar nichts mehr zu holen war, legte er sein Amt nieder. Man zog den großen Geldmann Necker heran, dieser sollte Geld schaffen.

Necker sah, daß sein Kredit zu erlangen war ohne Einberufung einer sogenannten Volksvertretung, besser gesagt Ständevertretung. Der König entschlöß sich dazu.

Der Adel wählte 300 eigene Vertreter unter sich, die Geistlichkeit 300 eigene Vertreter unter sich und der Bürgerstand (dritte Stand) wählte Wahlmänner und diese Wahlmänner wählten 600 Abgeordnete.

Diese Wahlmänner oder erklärten in ihren Wahlversammlungen auch ihre Wünsche, Beschwerden und Forderungen. Diese wurden genau niedergeschrieben und dem gewählten Abgeordneten die Verpfändung aufgelegt, nur dem Willen der Wähler gemäß zu handeln.

beugt werden; nicht aber konnte eine trübliche oder himmelhoch über den Wolken über der eigennützigst Haberei vom Weisenerlöser eine Rektion über die Gefährlichkeit solcher Späße in indolenter Wohlthätigkeit erzielen.

* **Die Weisenerlöse.** In der Weisenerlöse ist die Diphtheritis ausgebrochen. Sämtliche Schulen sind geschlossen. — In der Weisenerlöse wurde der Pfarrherr Christian Fabian überführt. In Freiburg ist am letzten Oktober ein Mann namens gefunden worden, der in der Weisenerlöse in der Nähe von Darmstadt ein Mann erporen aufgefunden. — In Darmstadt wurde der Arbeiter Richter verurteilt.

Aus dem Gerichtssaal.

Schöffengericht.

Salze, 4. Februar. **Prozeß gegen das Volksblatt.** Mit glänzender Freisprechung endete Donnerstag abend gegen 1/8 Uhr ein gegen Genossen K. anligel. früherer verantwortlicher Redakteur des Volksblattes, sowie der Redakteur Wilhelm Brand, 38 Jahre alt, geboren in Magdeburg, und der Schuhmacher Wilhelm Wege, 40 Jahre alt, geboren in Osterfeld, klagte gegen Prozeß, über den wir in der Mittwochsnummer kurz berichtet haben. Das „unartige“ Volksblatt sollte diesem Falle wieder einmal die Ehre machen und auch durch die in der Nummer vom 28. September unter der Signatur: Darm? Darum! veröffentlichten Artikel. Nicht weniger als sieben Beamte — eine volle Zahl — sollten beklagt sein und hatten Strafanzug nur gegen Kramigel gestellt. Wir lassen die Herrn dem Range und der Bedeutung über die Bürgermeister, Polizeiwachmeister, Marktmeister, dann die Polizeicommissarien, Förster, Schmidt, Wendtmuth und Wendt. Gegen Genosse Kramigel lautete die Anklage auf Verleumdung begangen durch die Presse nach § 185 und 186 des St. G. B., Verleumdung und dem Landrathen des Reichs, demselben, die geeignet sein sollten, die Beamten verächtlich zu machen.

Zur Klärung des Sachverhalts sei der erste dem Gegenstand der Anklage stiftende Vorgang kurz mitgeteilt. Auf dem vorigen Herbstmarkt im September v. J. betrieb der Schuhmacher Kramigel eine Spielbude, wobei er dem Angeklagten Wege unterthunig wurde. Der Angeklagte Brand, der mit Kramigel ein Spielbude besaß, kam am Abend des 15. Septbr. gegen 1/8 Uhr mit seiner Tochter auch an die Spielbude, nahm dem etwas vom Sprechen heiler gewordenen Wege die Sohrne ab und begann da unter harmonischer Ullerters Note zu verlaufen. Kramigel ließ Brand, der sich demnach unter dem Landrathen des Reichs in der Urne bald einige Vorkäufer begangen hatte, gewähren. Ein von einem 38er Unteroffizier begleiteter „Fräulein“ nahm ebenfalls von dem mehrere Schritte von der Urne entfernt befindlichen Brand ein Los und überreichte dasselbe 10 Pf., welches Kramigel dem Fräulein seiner Tochter, die sich demnach unter dem Landrathen des Reichs in der Urne bald einige Vorkäufer begangen hatte, gewähren. Ein von einem 38er Unteroffizier begleiteter „Fräulein“ nahm ebenfalls von dem mehrere Schritte von der Urne entfernt befindlichen Brand ein Los und überreichte dasselbe 10 Pf., welches Kramigel dem Fräulein seiner Tochter, die sich demnach unter dem Landrathen des Reichs in der Urne bald einige Vorkäufer begangen hatte, gewähren. Ein von einem 38er Unteroffizier begleiteter „Fräulein“ nahm ebenfalls von dem mehrere Schritte von der Urne entfernt befindlichen Brand ein Los und überreichte dasselbe 10 Pf., welches Kramigel dem Fräulein seiner Tochter, die sich demnach unter dem Landrathen des Reichs in der Urne bald einige Vorkäufer begangen hatte, gewähren.

Das von einer Anzahl Arbeitern (Sozialdemokraten) neulich in einem hiesigen Lokale an mich gethane Ansuchen, mich doch auch zur Sozialdemokratie zu bekennen und nicht so agrarisch gesonnen zu sein, andererseits ich sonst bespottet, d. h. nichts mehr von mir gefürcht werden, weise ich hiermit öffentlich zurück. Ich bleibe wie ich bin, die ganze Sozialdemokratie kann mit gefohlen bleiben.“

Stäber, Rordomgemeiner. Der gute Mann hat völlig recht — und wir können es ihm nachfühlen — wenn er in die Öffentlichkeit flüchtet, um auf diese Weise das böse Ansehen, das man ihm von so rühmlicher Seite gestellt hat, abzuwischen. Und wenn dieses Abwischen nur noch dazu in den Spalten einer Zeitung mit dem nötigen Klim-Pim geschieht, dann macht es sich desto wirkungsvoller. Die Ordnungsführer können sich freuen, wieder einmal eine arme Seele gewonnen zu haben. Es ist allerdings unverantwortlich von sozialdemokratischen Arbeitern, an einen solchen Gesellschaften mit einem betagten Ansehen heranzutreten. Möge der Mann bleiben wie er ist!

* **Diebstähle** sind in letzter Zeit wiederholt vorgekommen. So wurden in der Nacht zum Freitag bei einem hiesigen Architekten die Geschäftsräume erbrochen und ausgeraubt. Von den Dieben hat man bis jetzt noch keine Spur.

Neumburg. Wegen Körperverletzung, Bedrohung und Verleumdung wurde der Arbeiter August Wilitz aus Weiskensfeld in 3 Wochen Gefängnis verurteilt. Seine gegen das Urteil eingelegte Berufung wurde verworfen.

Görlitz. Wegen Vergehens, begangen an einem 9-jährigen, förderlich zurückgebliebenen Mädchen, wurde der Schneider Karl Thiel aus Steuditz, zu drei Tagen Gefängnis verurteilt.

Freiburg. Vor einigen Tagen legte sich ein hiesiger Einwohner und früherer Verleumdungsgegner auf einen mit zwei Weibern bekannten Schilfen, der vor einer Wirthschaft stand, und festhierte davon. Dem Wirthsbesitzer, in den Lufsturz zu geraten, konnte vorge-

auch weiter nichts, als seine Vorgänger gethan hatten. Erfolgreiche den Läufern der Königin und ließ alle geringen Widrigkeiten aus dem Leeren Brunnen des Staats schöpfen: Schnell, greift zu — breitt Euch — es wird bald nichts mehr da sein! rief er seinesgleichen zu und diese waren nicht böse.

Während das Volt Junger litt, taumelte die Königin und ihr Anhang von einer Laubart und von einem Vergnügen in das andere.

Der König wollte sparen und hatte die Kühnheit, einige Ausgaben an den ewig geringen Hofadel verringern zu wollen. Die Folge davon war eine förmliche Hofrevolte.

Der Herzog von Orléans machte dem König vor dem versammelten Hof beruher, der Monarch gab klein bei und es blieb beim alten. Wo sich die Königin sehen ließ, rief das ausgebeutete Volk: „Seht da Madame Desjail!“

(Dieser Ausdruck hat im Französischen eine Doppelbedeutung, Desjail bedeutet: Wehe! Schanden wie Entmannen; aber auch im wörtlichen Sinne kann ein Rang an Ehre und Gehalt darunter verstanden werden.)

Die Revolution nahe heran.

Einberufung der General-Stände-Versammlung. Als der Finanzminister de Calonne sah, daß nichts mehr, aber auch gar nichts mehr zu holen war, legte er sein Amt nieder. Man zog den großen Geldmann Necker heran, dieser sollte Geld schaffen.

Necker sah, daß sein Kredit zu erlangen war ohne Einberufung einer sogenannten Volksvertretung, besser gesagt Ständevertretung. Der König entschlöß sich dazu.

Der Adel wählte 300 eigene Vertreter unter sich, die Geistlichkeit 300 eigene Vertreter unter sich und der Bürgerstand (dritte Stand) wählte Wahlmänner und diese Wahlmänner wählten 600 Abgeordnete.

Diese Wahlmänner oder erklärten in ihren Wahlversammlungen auch ihre Wünsche, Beschwerden und Forderungen. Diese wurden genau niedergeschrieben und dem gewählten Abgeordneten die Verpfändung aufgelegt, nur dem Willen der Wähler gemäß zu handeln.

Das war aber noch nicht alles in Bezug auf die Erniedrigungen, unter denen die Volksvertreter ausgebeugt hatte. Es wurden nämlich von oben herab jedem der drei Stände die Postime vorgegeschrieben, in welchen die Abgeordneten zu erscheinen hatten. Die Kardinals erschienen in rotem Kardinalshut, die Bischöfe in weißem und die Gonsalen, die Pariser in weißer und die Weisenerlöse in Pantel von schwarzem Stoff mit Goldbesatz, schwarzen kurzen Beinweilern, Kravatte mit Spitzen, Hut mit weißen Federn und goldenen oder vergoldeten Knöpfen. (Fortsetzung folgt.)

Vorgang im Falle an der Wunde dahingehend interpretiert worden sein, sich dem B. gegenüber Liebergriffe erlaubt zu haben. B. hatte den B. auch nachträglich auf die Verletzung einer Frauensperson hingewiesen, welche ein, das Portemonnaie genommen haben sollte. Kurz und gut, das Ergebnis der Sache war, daß Sergeant Förster am andern Tage gegen Brandt noch eine Angelegenheit diebstahl's ermittelte. Das Verfahren hat aber eingeleitet werden müssen, da die Untersuchung nichts ergeben hat.

Brandt ging darauf gegen die Beleidigung, die als eine „Bücherei“ bezeichnet wurde, ermittelt wurde und ließ sich nicht anständig zu machen sein, weil, wegen wissenschaftlicher Aufschubung.

Diese Sache soll nach kürz. Fortgang haben. Wegen des Vorganges wurde Brandt und Wege gleich nach dem Arzte erst bei einem Kreisverordneten, dann bei der Kriminalpolizei und dann in dem Stützpunkt verhaftet worden, wo dann schließlich festgestellt wurde, daß eine Frau, die ein überliches Heißbild sein soll und sich als Köchin ausgibt, existiert.

Jener Marktvergang war von heute nicht bekannt geblieben. Bezüglich der Redaktion des Volksblattes mitgeteilt worden, worauf nach mehreren Tagen die Sache mit in einem längeren Artikel in der erwähnten Nummer unter dem Titel und Vermerk erledigt wurde. Es wurde anfangs in dem Artikel Wege genommen auf die Aretur eines Vaters durch einen Beamten, gelegentlich dessen jährliche Zuschauer dem Beamten seine Hilfe geleistet haben sollen, als der beschuldigte Überhand leistete. Dieses sollte Verbalten des Publikum's, hieß es im Volksblatt, dann, gibt einem hiesigen Blatte Anlaß zu tabulieren Bemerkungen. Es ist nötig, daß die Zuschauer die Polizeibeamten in ihrem schmerzlichen Dienst unterstützen. Daß das nicht schon jetzt geschieht, lagte der Artikel, darüber wird schwer der Advokat zu erörtern sein. Wenn aber im großen und ganzen kein hiesiges Publikum keine große Beunruhigung, der Gerechtigkeit beizubringen, so trägt daran niemand anders die Schuld, als die Polizei selbst. Die meisten Verletzungen um kleiner niedriger Verbrechen willen, die in Unkenntnis der tauschfähigen polizeilichen Bestimmungen und ebenfalls ohne die Absicht begangen worden sind, haben nach und nach bei einem guten Teile der Bürgergeistes eine solche Abneigung gegen die Polizei erzeugt, daß die getadelte Polizeität wahrlich nicht zu verwundern ist. Es wäre unredlich, sollte in Abrede gestellt werden, daß es unter anderer Gerechtigkeit eine ganze Anzahl von Beamten gibt, die bei aller Treue, mit der sie ihre Aufgabe zu erfüllen wissen, doch denjenigen Grad von Unbill verbinden, ohne den ein Beamter von einem Schicksal zum andern hätte. Diesen thätigen Beamten stehen aber viele andere gegenüber, die jede Möglichkeit zur Verletzung bringen. Durch einige Fälle der vorerwähnten polizeilichen Ober-Bürgermeister Staudt und Ober-Lothar-Inspektor Wegemann beleidigt und durch die nun folgende Schmäherung des Marktvergangs die anderen 5 Beamten. Es hieß nach in dem Artikel: „Nichts berichtet haben wir bisher über einen Fall, bei welchem der Markt ein Bürger wegen B. Beleidigung, einer Frauensperson ein Portemonnaie mit 7 M. gestohlen zu haben, in darscher Weise errettet und nach dem Marktspital transportiert worden ist. Er will mehrmals „geschubt“ worden sein, daß er an der Zeit wandelnd gefahren sei. Hinterher habe sich herausgestellt, daß die angeblich Beleidigung ein überliches Heißbild ist. Andere Personen, die für die Unbill des Arretierten zeugten, seien nicht angenommen worden. Zudem habe der Kriminalbeamte, es soll Herr Förster gewesen sein, die Aretur vorgenommen, ohne sich als Polizeibeamter zu legitimieren.“

Dieses war der angeblich B. Beleidigung Artikel. Der Angeklagte Brandt, der Mannigfaltig heute am ersten Male, erklärt, daß er, nachdem ihm der Artikel über seine Angelegenheit bekannt geworden, in die Redaktion des Volksblattes gegangen sei und gesagt habe, der Artikel wäre noch zu jähren verfaßt. Vorher habe er der Redaktion über den Vorgang nichts mitgeteilt, aber nachdem er der Abneigung des Volksblattes gewarnt. Der W. geflagte Wege erklärt ebenfalls, erst nach Klarstellung des Marktverhaltens im Volksblatt Monnent dieser Zeitung geworden zu sein, vorher habe er der Redaktion nichts über den Vorgang mitgeteilt. Er aus der Straftat vorgeschickte Genosse Mannigfaltig behauptet, den Artikel so veröffentlicht zu haben, wie er ihm glaubhaft mitgeteilt worden ist und meint, den Wahrheitsbeweis über den Inhalt des Artikels erbringen zu können. Nach Vorlesung des inkriminierten Artikels schüßert Brandt in etwas drastischer und erregter Weise den Vorgang, wie er sich seinen Wahrnehmungen nach ausgetragen hat, er will durch Sergeant Förster, den er am betreffenden Abend nicht als einen Beamten gekannt habe, herausgebracht, und nachdem er ihm eine Legitimation gegeben habe, nicht bloß gefahren, sondern auch nach der Wunde geschickt worden sein. Da dann jeder Zivilmann kommen und mich mitnehmen wollte“, meinte er. Gatte der Mannigfaltig legitimiert über Uniform angeht, so wäre ich sofort mitgegangen“. Nach seinen Angaben war es ihm nicht anheim gewesen, sich im Wachhause im Beisein des Frauensimmers, welches ihn zu Unrecht beschuldigt hatte, bis auf das Pferd auszuführen. Er hielt auf Befragen dabei, vor jenem Abend nie mit Sergeant Förster etwas zu tun gehabt zu haben. Durch die ihm bei dem Transport nach der Wunde zu teil gewordene Behandlung habe er so gelitten, daß er hätte 3 Wochen nicht arbeiten können. Er habe zur Zeit bei einem Wachtmeister und bei einem Superintendenten Möbel polieren sollen, hätte aber infolge dessen die

Arbeit müssen liegen lassen. Ueber den grundlosen Vorwurf des Diebstahls ist er natürlich erregt gewesen. Er habe sich nie an fremdem Eigentum vergreifen. So etwas dürfe man ihm nicht nachsagen, wo er früher bei dem kürzlich ermordeten Justizrat Sey in Berlin, während derselbe im Bade war, Möbel poliert habe.

Der Angeklagte Wege befragt im wesentlichen die Brandt'schen Angaben bezüglich des Vorganges auf dem Marke. Er will auch von dem Wachtmeister Mannigfaltig im Wachhause dem Brandt gegenüber die Versicherung gehört haben: „Wenn Sie sich nicht ruhig verhalten, denn ich sage ich Ihnen die Hände ein!“

Zeuge Schumacher, Wirtin, der Besitzer jener Spielbude, bezeugt, daß es ihm so ist, als habe Wachtmeister Mannigfaltig im Beise von Mannigfaltig'schen, mit Bestimmtheit könne er das aber nicht sagen. Das Hände aber fest, daß im Beise seitens der Beamten dem Brandt gegenüber, scharf Ausdrücke gefallen sein. Die „Dame“, die mit dem Interoffizier an die Wunde getreten ist, wäre ihm, nachdem sie ausgefahren, ihr Portemonnaie sei gestohlen, sehr bezweifelbar erschienen. Er müsse bezweifeln, daß sie ein Portemonnaie gehabt habe. Denn er und seine Tochter haben auf dem Marke kein Portemonnaie gesehen und Brandt, der nicht in der Nähe war, könne unmöglich ein Portemonnaie genommen haben, was er dem Sergeant Förster, wie auch den Beamten im Wachhause erklärt habe. Er wolle auch bezweifeln, daß Brandt, als er vom Kriminalsergeant Förster angegriffen wurde, demnach, daß Förster Mannigfaltig, natürlich habe Brandt über die Beleidigung, ein Portemonnaie gestohlen zu haben, Stundal gemacht und sich dem Beamten widersetzt. Eine gegenseitige Schimperei habe stattgefunden, ob Brandt dabei beleidigt worden ist, weiß Zeuge nicht. Zeuge weigert sich, die Sache der Redaktion mitzuteilen zu haben. Eine Frau Gebulla befindet ebenfalls, daß er einmal einer (Förster) auf Brandt zugekommen ist und ihn gleich gefaßt habe. Brandt habe abwärts gehalten und konnte das Portemonnaie gar nicht genommen haben. Der Angeklagte Wege läßt hier Zeugin vor, ob es wahr ist, daß der Sergeant Förster ihr heute auf dem Flure des Gerichts mitgeteilt habe, daß er, Wege, ihn (Förster) an jenem Marktag bei der Frau Gebulla nachgegangen habe, mit dem Auftrage, nach dem Portemonnaie nachzufragen. Zeugin gibt dieses zu, worauf Wege meint, ihm komme die Sache, daß Zeuge Förster diese Zeugin gegen ihn feindselig stimmen wolle.

Von wesentlicher Bedeutung war das Zeugnis des Bureauvorstehers Hermann Anhalt. Dieser Zeugnis follierte ganz wesentlich mit dem Angaben Christian Förster. Dieser, heute in Linz, worauf Brandt gefragt habe: „Ist bei Sie meine Karte, Herr Sergeant.“ Daraus geht hervor, daß Brandt ihn als Beamter gekannt habe. Er habe Brandt nicht gelassen, sondern nur vor sich hingehalten. Demgegenüber bekannte Zeuge Anhalt, daß zwischen Br. u. F. eine Salongart stattgefunden habe. Zeuge Wirtin erklärt auch, den Förster an der Wunde mitgeteilt zu haben, Brandt sei unschuldig. Förster gibt hierauf zu, daß Wirtin ihm eine solche Mitteilung gemacht haben könne, er habe sie aber nicht gehört. Von der angeblichen Versicherung Brandt's, die nur Förster gehört haben mit zu handhaben und haben Sie meine Karte, Herr Sergeant, hat keiner der Zeugen etwas gehört. Brandt bestreitet mit aller Entschiedenheit, „Herr Sergeant“ gesagt zu haben und behauptet, daß er Förster nicht als Sergeant gekannt. Wirtin und Anhalt erklären ebenfalls, den Einbruch gehabt zu haben. Brandt habe den Förster nicht als Beamten gekannt. Förster hielt dabei fest, gekannt zu haben, Brandt habe ihn doch gekannt. Brandt hätte ihm nachher zugestanden, daß er lange gekannt hätte, das er (Förster) Beamter sei. Brandt erklärt das für unzulässig. Sich zu legitimieren, meint Förster, habe er gar nicht die Zeit gehabt. Auf Befragen des Vorlesers, was für eine Legitimation er mit sich genommen habe, erklärt, daß Brandt ihm gekannt habe, er habe sich früher als uniformierter Beamter, öfter mit Brandt, der in seinem Revier in der Werbestraße gemohnt habe, begegnet. Brandt erklärt, daß er niemals in der Werbestraße gewohnt habe und sich nicht zu handhaben und haben Sie meine Karte, Herr Sergeant, hat keiner der Zeugen etwas gehört. Zeuge Förster wird nochmals vernommen und dann nachträglich vereidigt.

Zeuge Marowski befragt, eine Ausweisung von Mannigfaltig'schen gethan zu haben, ob aber zu, dem Brandt, der sich im Wachhause selbst entzweit habe, in seiner Zeit beim Zielaussteigen ihm, wenn auch nicht abendlich zu nahe gekommen war, angefallen zu haben, ihm eine unter zu haben, wenn er nicht ruhiger wäre.

Die übrigen Polizeibeamten wußten nichts wesentliches zu befehlen. Die Zeugin Anhalt war nicht erschienen. Der Schlußanwalt erwiderte die Angeklagten der Beleidigung für überflüssig

und beantragte nach längerer Besprechung des Vorganges gegen Brandt als den harmlosesten 100 M. oder 10 Tage Gefängnis, gegen Wege als die Seele des Ganzen 3 Monate und gegen Mannigfaltig ebenfalls 1 Monat Gefängnis. Der Bericht der Redaktion des Volksblattes, beantragte Festsetzung aller drei Angeklagten. In der Hauptphase sei der Artikel richtig und wahr. Um keine Abweichungen von den Nebenständen des Tatbestandes kommen es gar nicht an. Wenn die Presse nicht einmal mehr von seiner großen Beunruhigung zur Polizei oder Abneigung gegen dieselbe schreiben dürfe und deren Beleidigung erklärt werden solle, dann könne man überhaupt die Zeitungen schließen.

Das nach kurzer Beratung verfaßte Urteil lautete auf Festsetzung aller drei Angeklagten; die Strafen fallen der Staatskasse zur Last. In der Urteilsbegründung hieß es u. a.: „Brandt hat sich an der Wunde nicht anständig zu machen und Brandt kann schon gar keine Rede sein, weil Schmidt gar nichts mit der Sache zu thun hatte und Wirtin nicht so wie Brandt gar nicht daran beteiligt waren. Daß Förster und Mannigfaltig durch Brandt und Wege beleidigt worden sind, behauptet er nicht, daß sie die Redaktion des Volksblattes Mitteilung gemacht haben. Und Hände das fest, so konnte auch dann keine Beleidigung erfolgen, weil nicht einmal Strafandrohung gegen sie vorliegt. Zug gegen Mannigfaltig liegt Strafandrohung vor und nur der Kunde beizufolgen, wenn Beleidigung erwiesen wäre. Die Schenkungen des Zeugen Anhalt haben ergeben, daß eine sogenannte Balgerei eine „Schuberei“, wie im Artikel ganz richtig gesagt worden ist, zwischen Förster und Brandt stattgefunden hat. Der Artikel stimmt vollständig mit dem, was bekannt worden ist überein. Was wollten denn Wirtin und Wege vor im Wachhause weiter, als wie zu erkennen zu geben, daß Brandt nicht das Portemonnaie genommen hat? Und können nicht noch Personen, die schließlich von Hunderten daselbst gesehen haben wie Br. und W., dort am Orte Eintrag gemacht haben, zurückgekommen sein? Sergeant Förster hat sich an der Spielbude nicht legitimiert, über welche Unklarung sich bei der Situation freisetzen läßt. Ein Formfehler war aber die Nichtlegitimierung nicht. Daß Herr Oberbürgermeister Staudt und Herr Ober-Lotharinspektor Wegemann durch den Artikel beleidigt worden sind, behauptet er nicht, denn nach dem Gesagten, wo in großen und ganzen von einer Abneigung gegenüber der Polizei die Rede ist, folgt dann der Satz, es wäre Unrecht, sollte in Abrede gestellt werden, daß es unter den Beamten auch gute und treue Personen giebt. Und selbst wenn ein Angriff gegen die Polizei vorliegt, nicht eventuell der Schutz des § 193 begünstigt werden könnte.“

Aus dem Reich.

Konstanz. Geborene Ordnungssache. Die Kreisoberbürgermeister Staudt und Wegemann sind wegen der falschen Unterstellungen, die er als Agent der Reichsbank begeben, vor dem vorigen Schwurgericht. Er wurde wegen Amtsunterschlagung und Betruges zu sieben Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Exerzium verurteilt.

Sachsen. Verboten wurde der hiesigen Baderinnung der Reichsbank, keinem Kunden mehr eine Wochenagende, einem monatlichen Abat u. a. zu gemäßen. — Die Nachforschungen nach dem Wählung, der am vorigen Sonntag abend auf der Wobdamer Uferseite bei Spandau ein 15jähriges Mädchen vermagt und verbrant hat, sind bisher ohne Erfolg gewesen. Das Mädchen hatte behauptet, der Täter sei ein Franzose. Auf Veranlassung der Polizei hat der Kommandeur des dritten Brandenburgischen Trainbataillons alle Mannschaften antreten lassen, damit sie von dem Mädchen, das im Verstand ihres Vaters erschien, in Ansehung genommen werden könnten. Das Mädchen hat jedoch den Schuldigen nicht herausfinden können.

Wien. Folgende Stillsätze bringen die hiesigen Neuzeit. Nachrichten in einer Gerichtsnotiz: „Nachdem der Klub die Schelle abgenommen war, wurde die (die Schelle oder die Kuh?) an den Hörnern mittels Strich, ohne eine Zahlung zu denken, nach Hause getrieben, wo das Diebstahls- und Ansehens und gut kam.“

Frankfurt a. M. Medizinische Entdeckung. Die Frankfurter Zeitung meldet von einer Leichen in Frankfurt gemachten großen wissenschaftlichen Entdeckung, wonach künftig der direkte Transport von Reichsmitteln in den menschlichen Körper mittels elektrischer Ströme möglich wird.

Berlin. Ein vorläufig abgefaßter Vertrag. Im hiesigen Verlagsamt liegt ein großes Verbot, in welchem am Neujahrstage ein neuer Nachwächter engagiert wurde, mit dem ein freier Vertrag dahingehend abgeschlossen wurde, daß er kein Holz und Soden führen dürfe.

Danzig. Bekannte Gerichtsbescheide. Wegen höhnischen Nachens beim Hinussgehen aus dem Sitzungssaal, und weil die Thür des letzteren hinter sich zugeschlagen hatten, wurden vom Schöffengericht zu Danzig die Gerichtsbescheide Neumann und Jarde zu je 100 M. Geldstrafe verurteilt. Die Verurteilten hatten sich am Tage des Vorkommnisses gegen die gerichtliche widerrechtlicher Forderung zu verantworten, wurden jedoch freigesprochen.

Für die Redaktion verantwortlich: L. Salomon in Halle.

Zur bevorstehenden

Informations

empfehle in anerkannt größter Auswahl hervorragende Neuheiten in

schwarzen und farbigen Kleiderstoffen

wie: Kaschmir, Krepp, Cheviot, Armure, Diagonal, Kotonine, Piquee, Serge, Meche, Mohair, Alpaca etc., 90—120 cm breit, das Meter 55, 65, 75, 85, 95 Pfg. 1.—, 1.10, 1.15, 1.25, 1.40, 1.50, 1.65, 1.75, 1.85, 2.—, 2.25, 2.40, 2.50 und höher.

Reichhaltige Auswahl in:

Fertiger Wäsche, Taschentüchern, Korsetts, Unterröcken, Taillentüchern, Jacketts und Umhängen.

Verkauf zu festen, anerkannt billigsten Preisen.

Geschäftshaus

Kataloge, Proben und Aufträge von 20 Mark ab portofrei.	FAHNE	Bei Proben-Bestellung Angabe der Art und des Preises erbeten.
---	--------------	---

Halle a. S., Marktplatz 3 und 3.

Grosse öffentl. Gewerkschaftsversammlung.

Montag den 8. Februar abends 9 Uhr im „Prinz Karl.“
 Vortrag des Reichstagsabgeordneten **Grillenberger**
 über: Die Schäden der Unfallgesetzgebung, die Novelle zum Unfall-
 versicherungsgesetz und die Stellung der bürgerlichen Parteien zu derselben.
 Freie Diskussion.
 Zutritt hat jedermann.
 Das Gewerkschaftskartell.

Theissen!
 Sonntag und Montag.
 8 u. 7. U. R.
 zum **Bodbiertfest**
 mit **Bodbiertwürstchen**
 dabei ergeht ein
Franz Rauch.
 NB Jed. Gast erh. 1 Bodmüße gratis.
Essen Sie nur
Delikatesse-Roggenschrotbrod
 aus reinem Roggenschrot. à 25 Bfg.
 u. 50 Bfg. nur zu haben bei
Robert Weise,
 Miedeistraße 19, Ecke Forsterstraße
 „In den 2 gold. Jucherkühen“.

Sonntag den 7. d. Mts.
Groß-Familienabend mit
Frei-Konzert,
 wozu ergebenst einladet
Fr. Ehrhardt, Brahe 169.
Ueberzeugung macht wahr!
 Kräftigen bürgerlichen
Mittagstisch.
 Fleisch- u. Gemüse à Portion 80 P.
 Braten mit Suppe à Portion 50 P.
 (Jed. jeb. Abend Vell. u. Bratfartoff.
 Restaurant **Trübsoldbrun.**
 am Markt, Trödel 17.
 Tischgäste werden noch angenommen!
 Dableib! sind Schlafstellen offen.

Schuh- Waren.

- 45 gr. Ulrichstrasse 45.
- | | | |
|---|---------|----|
| Damen Stiefellett | b. 3.50 | an |
| Damen Lederhauschuh | 2.50 | an |
| Damen-Ritzschuh | 0.80 | an |
| Damen-Steppschuh | 1.60 | an |
| Damen- Seidenpüsch-
Schuhe | 2.00 | an |
| Damen-Hofschuh | 2.90 | an |
| Damen-Schürschuh | 3.00 | an |
| Damen-Knopfstiefel | 5.00 | an |
| Damen Pantoffeln | 0.35 | an |
| Damen-Luch-Schür-
stiefeln u. Lederstiefel | 3.00 | an |
| Herrn Jagdstiefel, genagelt | 4.50 | an |
| Herrn-Schiffstiefel, Rind-
leder | 5.00 | an |
| Herrn-Bergstiefel | 9.00 | an |
| Herrn-Galochschuh | 3.50 | an |
| Damen Ballschuh | 1.80 | an |
| Kinder-Knopf u. Schür-
Schuhe | 1.00 | an |
| Kinder-Ritzschuh | 0.40 | an |
| Milch-Pantoffeln mit
Leberölen | 0.90 | an |
| Damen Gummischuh | 1.70 | an |
| Herrn Gummischuh mit
leinen Kappen | 3.00 | an |
| Engl. Lederschuh | 1.80 | an |
| Holtschuh | 2.50 | an |
- sowie sämtliche Filz-
Waren zu den denkbar
billigsten Preisen
nur
**Wiener
Schuhwaren-Bazar,**
S. Jacob.
45 gr. Ulrichstr. 45.

Zur
Konfirmation
 empfohlen in grosser Auswahl:
 Schwarze, weisse u. farbige
reinwoll. Kleiderstoffe,
 Leinenwaren, fertige Wäsche, fertige Unter-
 röcke, Korsetts, Tailentücher,
 Taschentücher etc.
 Verkauf wie bekannt zu sehr billigen, festen Preisen.
 Jedes am Lager befindliche Stück ist mit deutlicher
 Preisangabe versehen.
Brummer & Benjamin,
 Gr. Ulrichstrasse 23, Part. u. I Etage.

Narren-Kappen
 eigenes Fabrikat.
 Billigste Bezugsquelle für Vereine u.
 Restaurateure. Nach auswärts gegen
 Nachn. **W. Schmell,** Taubenstr. 4.

Jedes
Süßnerauge
 beseitigt man schmerz und gefahrlos
 durch unter **Süßneraugen-Colloidium**
 à Flasche mit Bimel 30 Pf. nur bei
E. Walther's Nachf.,
 Moritzwinger 1 und Steinweg 26.

Kartoffeltuchen
 täglich frisch, empfiehlt
Otto Hänel,
 Herz 12 und Weiststraße 46.
 Goldschuh, Filzschuh u. Filz-
 Pantoffeln, Holz-, Blech- und
 Korbbantoffeln verkauft billig
D. Gründer, Goldbantoffel-
 Fabrik,
 Heisterstraße 41.



Allgemeines Staunen erregt es beim
 Anblick der Billigkeit und fotofidalen Aus-
 wahl des
**Uhrenfabrikaltagers von
 Sparmann**
 gr. Steinstraße 47, neben Walthalla,
 gegründet 1888 billige Bezugsquelle.
 Schwabwärdlerregulator. 14 Tage schweb.
 in wunderbarer schöner Ausfertigung. 14 M.
Wecker (Mark Jung) anerkannt
 bestes Fabrikat 2 25 M. außer Kon-
 turen Silberner Uhnen-Reparatur,
 genau abgezogen. 10 M. Papp-tuhr
 2.50 M. Alles unter Garantie.

Aus den amtlichen Bekanntmachungen.
 Zu ermitteln gesucht werden von der Armen-direktion der Landarbeit
 August Böhl aus Oberweid, der Schloffer Karl Rufian aus Bollnow und
 der Arbeiter Theodor Emil Schubert aus Bitterfeld.

Flüssiger Zahnstift hilft augenblicklich
 jeden
Zahnschmerz
 und ist zum Ausfüllen hoher Röhren
 vorzüglich geeignet. à Fl. 35 Pf. bei
E. Walther's Nachf.,
 Moritzwinger 1 und Steinweg 26.

Fr. Sachse
 hält seine reichhaltige Auswahl von
sämtlichen Korbwaren
 bestens empfohlen.
Merseburgerstraße 5.

R. Goitschals
 Masken-, Theater-Garderoben-
 Verleih-Institut
 kleine Ulrichstraße 25, I,
 hält seine reichhaltige Auswahl neuer feiner
 Herren- und Damen-Masken-Kostüme
 bei solider Preisstellung bestens empfohlen.
Holzschuhe und Holzpantoffeln!
 Gute dauerhafte Ware in großer Auswahl.
Für Wiederverkäufer zu billigen Preisen.
Chr. Musche
 Holzschuh- u. Holzpantoffelfabrik mit Dampftr., Gottesackerstr. 14.

C. Hammer,
 Uhrenhandlung,
Leipzigstr. 42.
 Großer Saal in:
 Regulatoren, 14 Tage Mk. 12.
 Taschenuhren, Cylinder mit Mk. 10.
 Wecker Mk. 2.50.
 Reparaturen:
 Federn einsehen 2 P. 1.- Glas 10
 St. - Seiger 10 Pf., Schlüssel 5 Pf.
 Alles unter Garantie.

Aug. Schmidts Restaurant
 großer Sandberg
 empfiehlt 1. Lokal und Verein-Saalzimmer.

S. Weiss
Halle a. S.
 Geschäftshaus feiner Herren- und Knabenmoden.
 Die neuesten und feinsten Stoffe
 zur
Anfertigung nach Maß
 sind in
reicher Auswahl vorrätig
 und werden solche bei billigster Preisstellung mit größter Sorgfalt
 unter Garantie guten Sitzes
 meines eigenen Zuschneiders hergestellt.

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 32.

Halle a. S., Sonntag den 7. Februar 1897

8. Jahrg.

Arbeiter, Genossen, Arbeiterfreunde!

Gedenkt am heutigen Sonnabend der Ausgesperrten in Weiskopf und der streikenden Hamburger Brüder. Wir dürfen nicht lässig werden! Jeder beweist, daß er zum proletarischen Klassenbewußtsein durchgedrungen ist, dadurch, daß er jede Woche nach Vermögen 50 Pf. oder 25 Pf. für die Kämpfenden darbringt. Ohne Opfer kein Sieg! Jeder thue seine Pflicht!

Preussischer Reichstag.

168. Sitzung vom 5. Februar 1 Uhr.

Die zweite Kammersitzung wird fortgesetzt beim Etat des Reichsanwalter und des Reichsanwalt.

Beim Etat: Gehalt des Reichsanwalters beläuft sich auf 75,000 Mk., der Reichsanwältin 60,000 Mk., die Gehälter sind in Deutschland erlitten müßten.

Reichsanwalt Herr Gohlenlohe: Trotz dieser formalen Bedenken nehme ich nicht Anstand, meine Stellung zu der Frage zu nehmen. Die Provinzen, in denen sich eine polnische Bevölkerung findet, sind ein unheiliger Fleck auf der preussischen Monarchie. Der preussische Staat hat seine Pflichten gegenüber der polnischen Bevölkerung nicht vernachlässigt. Der Kulturzustand der in Frage kommenden Landesteile während eines Jahrhunderts prächtiger Entwicklung erhöht mich jedes Bewußtsein in dieser Richtung. Nicht nur die materielle Wohlfahrt, sondern auch das Bildungsbedürfnis der polnischen Bevölkerung ist in ausgiebiger Weise gefördert worden. Die Entscheidungen, die wir in früherer und letzter Zeit zu beabsichtigen Gelegenheiten hatten, haben zu meinem Bedauern gezeigt, daß dieses Ziel nicht erreicht ist. Im Gegenteil läßt sich nicht verkennen, daß eine Art von nationaler Propaganda getrieben wird, welche im bedauerlichen Gegensatz zum preussischen Staat steht. Dem mit allen verfügbaren Mitteln entgegenzutreten, ist eine Forderung der Staatsraison.

Herr Minister (reel. Beratung) befragt über den Antrag Anderer und Genossen. Die Provinzen, in denen sich eine polnische Bevölkerung findet, sind ein unheiliger Fleck auf der preussischen Monarchie. Der preussische Staat hat seine Pflichten gegenüber der polnischen Bevölkerung nicht vernachlässigt. Der Kulturzustand der in Frage kommenden Landesteile während eines Jahrhunderts prächtiger Entwicklung erhöht mich jedes Bewußtsein in dieser Richtung. Nicht nur die materielle Wohlfahrt, sondern auch das Bildungsbedürfnis der polnischen Bevölkerung ist in ausgiebiger Weise gefördert worden. Die Entscheidungen, die wir in früherer und letzter Zeit zu beabsichtigen Gelegenheiten hatten, haben zu meinem Bedauern gezeigt, daß dieses Ziel nicht erreicht ist. Im Gegenteil läßt sich nicht verkennen, daß eine Art von nationaler Propaganda getrieben wird, welche im bedauerlichen Gegensatz zum preussischen Staat steht. Dem mit allen verfügbaren Mitteln entgegenzutreten, ist eine Forderung der Staatsraison.

Herr Reichsanwalt Herr Gohlenlohe: Die Antragsteller wollen, daß der Reichstag den Reichsanwalt ersuche, Maßregeln zu ergreifen, um gewisse Mißstände zu beseitigen, welche sich bei der polnischen Polizei ereignen. Ich habe mich für die polnische Bevölkerung ausgesprochen, welche in weiten Kreisen große Erregung hervorgerufen hat. Hier zur Sprache gebracht werden muß. Aber ich weiß nicht, was das darüber zu sagen ist. Meiner Ansicht nach nun ist die polnische Polizei nicht mehr befähigt. Die Staatsregierung würde nicht ihre Pflicht erfüllen, wenn sie nicht alle Maßnahmen ergreift, um Schutz zu gewähren gegen verbrecherische Unternehmungen, welche gegen den Staat, wie gegen die einzelnen Bürger begangen werden. Im diesem Schutz ausüben, bedarf es der Organe und diese Organe der Polizei bedürfen der Agenten. Nun muß ich zugeben, daß man bei der Auswahl dieser Agenten nicht immer glücklich gewesen ist. Der Minister des Innern hat übrigens unmissverständlich nach den Enthüllungen des Reichsanwalters Maßregeln ergriffen, um Verformungen, wie sie in dem Prozeß für gelegig sind, für immer unmöglich zu machen.

Staatssekretär Freiherr v. Marschall kommt auf die gegen ihn im Abgeordnetenrat geübte Angriffe des Grafen v. Helmreich zurück und bemerkt, es handle sich um heute nur darum, einige wahre Tatsachen festzustellen. Jedoch habe nicht nur die Karte, sondern auch einen Brief des Oberdeputierten gehabt und ihm sei der Zutritt verweigert worden. Ich werde mich mit dem hergeben, was die Informationen eines Sachverständigen artikel zu machen, die zur Verfolgung für gute Artikel zu benutzen. So dankenswert die Fürsorge der Herren ist, die mich dem Schutze der maßgebenden Behörden empfahlen, aber für meine Ehre und für die Ehre meiner Beamten will ich nicht eintreten. Das mir zugegangene Material. Der Prozeß selbst ist von mir schon dem Minister des Innern mitgeteilt worden. Täglich ist vernommen worden. Seine Aussagen waren negativ. So stand die Sache vor der Hauptverhandlung. Von einer Differenz zwischen dem Minister und seine Rede. Eine Disziplinarmassnahme gegen den Reichsanwalt war nur angingig geblieben, wenn es um die Befugnisse der Behörden geht. Die Verletzung der Staatsautorität durch diesen Prozeß ist übertrieben. Eine öffentliche Verhandlung lag im allgemeinen Interesse. Die sozialdemokratischen Führer bereiten eine große Enthüllung vor; dem ist der Prozeß zuwider. Wäre dies nicht geschehen, hätte man der Regierung die Bestätigung von dem Reichsanwalt gegeben. Die Entscheidung trifft diejenigen, die meine und meiner Beamten Ehre angegriffen haben. Ich werde gegebenenfalls wieder zu handeln und den Weg zum Gericht betreten. Damit glaube ich auch die preussischen Traditionen zu wahren.

Herr Graf v. Helmreich: Ich erkläre, daß niemand im ganzen Volke Herr v. Marschall der Inzornie fähig gehalten habe, gegen seine Kollegen zu intrigieren. Auch jene Partei, die an den Agitationen der Presse nicht beteiligt gewesen ist, werde ihm wieder auf gerade noch aufkommen Wegen niemals entgegenzutreten.

Herr Webel (op.): Ich gebe zu, daß, wenn der vom Grafen Helmreich zu hoch verehrte Marschall nicht im Ruder wäre, ein Prozeß wie dieser nicht vorgekommen wäre. Denn die Taten des Herrn von Tausch und seiner Genossen entsprechen genau dem System, das Bismarck auf alle mögliche Weise großgezogen und unterstüzt hat. Wenn wir heute über die polnische Polizei Bericht halten müssen, so ist in erster Linie Herr Marschall zu rufen. Seine Politik zeigt, die wie auf anderen Gebieten, so auch hier, ihre Früchte zeitigt und jetzt endlich den verdienten Lohn findet. Der Staatsratiker hat bereits betont, daß der Prozeß dadurch mit hervorgerufen ist, daß die sozialdemokratische Partei eine ganze Menge von Material in die Hände brachte.

Überdies befanden wir eine große Freude an dem Prozeß, weil wir sehen, daß endlich ein Regiment am Ruder ist, das auf gewisse Grundsätze hält. Bismarck im Jahre 1888 habe ich darauf hingewiesen, daß das System Bismarck sich eines Tages gegen die Regierung selbst richten würde. Die Erfahrungen des Jahres 1896 haben mich bestätigt. Man darf sich nicht wundern, als ich unter Bismarck das System nur in kleinerem Umfang angewendet. Das gerade Gegenteil ist der Fall, wie die geheimen Ausgaben aus dem Weiskopf beweisen. Niemals wäre Herr v. Tausch in der Lage gewesen, seine Rolle zu spielen, wenn er sich nicht demütig gegen die Ehre in Staat und Gesellschaft einen harten Rückschlag bezieht. Ohne die Opposition der Konfessionen gegen den Reichsanwalt Grafen Caprivi, gegen den Staatssekretär von Marschall und schließlich auch gegen den jetzigen Kanzler wären derartige Angriffe nicht möglich gewesen. In dieser Exposition beweist das System Tausch, von dem Reich nicht unterstüzt wurden. Die Form des Antrags Mandel bezieht sich nicht, denn am System wird dadurch nichts geändert.

Der frühere preussische Minister des Innern, Graf v. Eulenburg, konnte die polnische Polizei nicht davon überzeugen, daß

der im jetzigen Prozeß enttarnte Normann-Schumann von ihr entlassen werden mußte. Es ist verwunderlich, daß dieser Herr nach wie vor in seiner Stellung bleibt. Wir haben durch unsere Vertrauensmann — denn wir haben auch Vertrauensleute, nur mit dem Unterschiede, daß sie erwidern nicht, als die der politischen Polizei — Enthüllungen über Normann-Schumann eingesehen lassen und ihn in seiner Wohnung in Heidenhof beobachtet. Daraus ergibt sich, daß er für das „Memoriale diplomatique“ Artikel schrieb, in denen fortgesetzte Angriffe auf den deutschen Kaiser und den Reichsanwalt enthalten waren; er wurde damit beauftragt, festzustellen, wie diese Artikel geschrieben sind, natürlich ohne Erfolg. Schließlich habe ich später Normann-Schumann persönlich kennen gelernt, als ich mit dem Grundriss, das ihm gehörte, und das ich fremd von mir laufen wollte, anlag. Ich erkannte ihn als einen Mann von ganz ungläublicher Indiskretion. Er war es auch, der in das Wiener Tageblatt Nachrichten über den Minister von Bülow brachte, die nur der intimsten Kreise bekannt sein konnten; er stand auch in engen Beziehungen zu Altwald und spielte in dessen „Innenministerium“ eine Rolle. So ist es zu erklären, daß Altwald im Gefängnis dauern den Besuch des Herrn von Tausch empfangt und nach sechs Monaten so weit herauskam, wie noch nie ein Gefangener das Gefängnis verlassen hatte. Nach Ausweisung des Korrespondenten des New York Herald hat es Normann-Schumann verstanden, selbst die Korrespondenz für das Blatt zu übernehmen und gegen die Regierung zu leben. Er war es auch, der der Grafen Eulenburg als Bericht über den Artikel in der Reichlichen Zeitung demargierte, der dessen Abdruck zur Folge gehabt hat. Aus allem geht hervor, daß die polnische Polizei ihre Kräfte in den Dienst von Leuten stellt, die mit der Regierung nicht nur nichts zu thun haben, sondern gegen sie intrigieren. Durch den Prozeß Herr Helmreich ist auch festzustellen, daß der Reichsanwalt Graf v. Helmreich Eulenburg ein „Gefährliches“ Objekt darstellt, welches für eine Defekation des Herrn von Tausch vorteilhaft geworden ist und ihm dazu gratuliert hat. Es wäre doch wichtig gewesen, festzustellen, wie weit die Beziehungen von Tausch zum Grafen Eulenburg gehen. Den Herren von der Regierung möchte ich die Frage vorlegen, ob angelehnt der Rolle, die Herr v. Tausch gespielt hat, nicht eine Revision der polnischen Prozesse notwendig ist, in denen er als Zeuge aufgetreten ist. Denn zweifellos hat er, um sich ein rotes Bändchen zu verdienen, sein Amt gemißbraucht und unzulässige Menschen ins Licht geführt. Auf Grund langjähriger Erfahrungen vermute ich, daß die polnische Polizei eine höchst bedenkliche Institution ist. Redner hebt auf das Verhalten der polnischen Polizei in verschiedenen Hochverratsprozessen ein, vom Jahre 1845 bis zur Gegenwart, und erinnert an das Verhalten des Polizeirat Stöbe.

Staatssekretär v. Marschall protestiert gegen die Eineinsetzung des Grafen v. Eulenburg in die Debatte. Der Reichsanwalt habe einfach eine ihm obliegende Dienstverpflichtung erfüllt, als er Tausch in Stettin einen vötrischen Orden verschaffte. Was die Beziehungen Normann-Schumanns zu einem hochgestellten Offizier betrifft, so habe ich nirgend eine Spur irgend eines hochgestellten Offiziers, der sich als alle Höhen der Antiquie in Händen zu haben glaube. Die Art des Kriminalkommissars v. Tausch, nach hochgestellten Intendanten zu lauschen, ist nichts als ein leichtsinniges Spiel mit der Ehre der Ministerien. Wir müssen damit ein Ende machen, weil damit immer mehr überreizt wird. Als v. Helmreich (Stimm) hat er sich gegen das Verhalten des Reichsanwalters Eulenburg als ganz unzulässig hin. Gerate die Sozialdemokratie habe sich die Manier der polnischen Polizei nach und nach angeeignet. (Webel:) Reden Sie vor Ihrer eigenen Ehre, Herr Graf. Seine Ausführungen im Abgeordnetenrat sind das Resultat eines eingehenden Studiums der polnischen Prozesse. Das Verhalten des Herrn Staatssekretärs sei eine hervorragende persönliche Leistung gewesen.

Staatssekretär v. Marschall stellt für letzten Punkt volle Reichsrecht fest.

Herr Minister (reel. Bsp.) wundert dem Staatssekretär Glück zu der Art, wie er den Abg. v. Eulenburg abgeführt habe. Niemals sei die kontervative Polizei so abgeführt worden wie heute. Redner erinnert an das Vorhaben des Herrn v. Bismarck im „Vormprozeß“. Redner kritisiert weiter das Verhalten der polnischen Polizei und beklagt sodann die Abwesenheit des preussischen Ministers des Innern.

Abg. Graf Herbert Bismarck will sich als Wider jedes Urteils enthalten, bis der auffällig lange dauernde Prozeß Tausch beendet ist. Redner erklärt es für vollständig unbegründet, daß Beziehungen zwischen Tausch und der Familie Bismarck behauptet werden. Tausch hat sich auf dem Gebiet der Antiquarier zu bewegen. Hierauf wird die Vertagung beschlossen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr. Rest der heutigen Tagesordnung. Schluß 5 Uhr.

Tagesgeschichte.

Aus dem Reichstage. Der Vorwärts schreibt über die Sitzung am Freitag, die verbundene die Ueberschrift: „Duell zwischen dem Grafen v. Eulenburg und Freiherrn v. Marschall“. Zwar hat keiner der Herren die Debatte eingeleitet, trotzdem aber bildeten ihre Ausführungen den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen. Damit soll freilich nicht gesagt sein, daß die rednerischen Leistungen der beiden Herren etwa gleichwertig waren. Im Gegenteil. So sein ungeheuer und haarig durch geschliffen die Worte des Herrn v. Marschall waren, so platt und abgenüßt waren die Redensarten, deren sich der weiland Genannte am großherzoglich weimarischen Hofe bediente. Bedeutung verdienen des letzteren Ausführungen nur insofern, als dieselben, nach der Beförderung des Redners, die ausdrückliche Billigung der kontervativen Fraktion gefunden haben, daraus also auf das Verhältnis dieser Herren zum Staatssekretär des auswärtigen Amtes geschlossen werden kann. Das dieses Verhältnis ein bitterböses ist, das ist heute wohl auch für einen Blinden klar geworden.

Die Feststellung dieser Thatsache, wenn sie nach dem allem, was bereits vorausgegangen ist, noch eine Feststellung bedürfte, ist auch das einzige positive Ergebnis der heutigen Debatte. Denn alle übrigen Fragen, welche sich an den Fall Eulenburg-Tausch anknüpfen und über Lösung harren, so vor allem die Frage, ob Herr v. Tausch Intendanten hatte, und wenn ja, wo sie stecken, sind heute noch genau so unbeantwortet, als sie es bisher waren.

Es sind schon früher in dieser Beziehung Namen genannt worden und unter Genosse Bebel, der außerdem in energischer Weise gegen das Inkritur der polnischen Polizei vortrug und deren Treiben brandmarkte, nannte auch heute die bekannten

Namen, erzielte aber damit nur, daß v. Marschall für die Herren v. Waldersee und v. Eulenburg die Erklärung abgab, daß keine Spur auf diese Männer weise und Graf Bismarck lehnte für sich und seine Familie jede Beziehung zu Tausch und Konforten ab. In dessen Dienst also dieser geriebene Polzeilump jahrelang gearbeitet und über die reichlichen Gelödmittel der polnischen Polizei verfügt hat, bleibt nach wie vor ein Geheimnis.

Eine recht interessante Episode aus der Rede des Herrn v. Marschall war die Mitteilung, daß die Regierung wolle, daß wenn sie gegen v. Tausch und Genossen nicht vorgegangen wäre, von sozialdemokratischer Seite Enthüllungen in Vorbereitung waren, welche geeignet gewesen wären, die Autorität des Staates und der Regierung in schwerster Weise zu schädigen. Wir gestehen, daß diese Mitteilungen uns sehr überraschend kommen. Es mag ja sein, daß man in sozialdemokratischen Kreisen manches weiß, was man da nicht wissen sollte; daß in unleren Reihen aber ein Koup gegen v. Tausch und Konforten in Vorbereitung war, davon erfahren wir erst jetzt etwas aus dem Munde des Herrn v. Marschall. Es scheint, daß die „gereinigte“ politische Partei in Bezug auf die Richtigkeit ihrer Feststellungen noch genau ebenso unzuverlässig ist, wie sie es gewesen ist, als Tausch und Konforten noch im Amt waren. Der morgige Tag bringt Fortsetzung der heutigen Debatte, an die sich dann eine Erörterung über die neueren Maßnahmen gegen die Polen sowie eine Unterhaltung über den Wert der Handelsverträge anschließen wird. Im letzteren Punkte ist zu bemerken, daß heute Herr v. Marschall sich in sehr energischer Weise für die Politik der Verträge aussprach, was wohl als ein Avous aus der Reichsanwaltschaft nach dem preussischen Ministerium hinüber zu betrachten ist.

Herr Reichsanwalt Herr Gohlenlohe: Die Antragsteller wollen, daß der Reichstag den Reichsanwalt ersuche, Maßregeln zu ergreifen, um gewisse Mißstände zu beseitigen, welche sich bei der polnischen Polizei ereignen. Ich habe mich für die polnische Bevölkerung ausgesprochen, welche in weiten Kreisen große Erregung hervorgerufen hat. Hier zur Sprache gebracht werden muß. Aber ich weiß nicht, was das darüber zu sagen ist. Meiner Ansicht nach nun ist die polnische Polizei nicht mehr befähigt. Die Staatsregierung würde nicht ihre Pflicht erfüllen, wenn sie nicht alle Maßnahmen ergreift, um Schutz zu gewähren gegen verbrecherische Unternehmungen, welche gegen den Staat, wie gegen die einzelnen Bürger begangen werden. Im diesem Schutz ausüben, bedarf es der Organe und diese Organe der Polizei bedürfen der Agenten. Nun muß ich zugeben, daß man bei der Auswahl dieser Agenten nicht immer glücklich gewesen ist. Der Minister des Innern hat übrigens unmissverständlich nach den Enthüllungen des Reichsanwalters Maßregeln ergriffen, um Verformungen, wie sie in dem Prozeß für gelegig sind, für immer unmöglich zu machen.

Staatssekretär Freiherr v. Marschall kommt auf die gegen ihn im Abgeordnetenrat geübte Angriffe des Grafen v. Helmreich zurück und bemerkt, es handle sich um heute nur darum, einige wahre Tatsachen festzustellen. Jedoch habe nicht nur die Karte, sondern auch einen Brief des Oberdeputierten gehabt und ihm sei der Zutritt verweigert worden. Ich werde mich mit dem hergeben, was die Informationen eines Sachverständigen artikel zu machen, die zur Verfolgung für gute Artikel zu benutzen. So dankenswert die Fürsorge der Herren ist, die mich dem Schutze der maßgebenden Behörden empfahlen, aber für meine Ehre und für die Ehre meiner Beamten will ich nicht eintreten. Das mir zugegangene Material. Der Prozeß selbst ist von mir schon dem Minister des Innern mitgeteilt worden. Täglich ist vernommen worden. Seine Aussagen waren negativ. So stand die Sache vor der Hauptverhandlung. Von einer Differenz zwischen dem Minister und seine Rede. Eine Disziplinarmassnahme gegen den Reichsanwalt war nur angingig geblieben, wenn es um die Befugnisse der Behörden geht. Die Verletzung der Staatsautorität durch diesen Prozeß ist übertrieben. Eine öffentliche Verhandlung lag im allgemeinen Interesse. Die sozialdemokratischen Führer bereiten eine große Enthüllung vor; dem ist der Prozeß zuwider. Wäre dies nicht geschehen, hätte man der Regierung die Bestätigung von dem Reichsanwalt gegeben. Die Entscheidung trifft diejenigen, die meine und meiner Beamten Ehre angegriffen haben. Ich werde gegebenenfalls wieder zu handeln und den Weg zum Gericht betreten. Damit glaube ich auch die preussischen Traditionen zu wahren.

Herr Graf v. Helmreich: Ich erkläre, daß niemand im ganzen Volke Herr v. Marschall der Inzornie fähig gehalten habe, gegen seine Kollegen zu intrigieren. Auch jene Partei, die an den Agitationen der Presse nicht beteiligt gewesen ist, werde ihm wieder auf gerade noch aufkommen Wegen niemals entgegenzutreten.

Herr Webel (op.): Ich gebe zu, daß, wenn der vom Grafen Helmreich zu hoch verehrte Marschall nicht im Ruder wäre, ein Prozeß wie dieser nicht vorgekommen wäre. Denn die Taten des Herrn von Tausch und seiner Genossen entsprechen genau dem System, das Bismarck auf alle mögliche Weise großgezogen und unterstüzt hat. Wenn wir heute über die polnische Polizei Bericht halten müssen, so ist in erster Linie Herr Marschall zu rufen. Seine Politik zeigt, die wie auf anderen Gebieten, so auch hier, ihre Früchte zeitigt und jetzt endlich den verdienten Lohn findet. Der Staatsratiker hat bereits betont, daß der Prozeß dadurch mit hervorgerufen ist, daß die sozialdemokratische Partei eine ganze Menge von Material in die Hände brachte.

Überdies befanden wir eine große Freude an dem Prozeß, weil wir sehen, daß endlich ein Regiment am Ruder ist, das auf gewisse Grundsätze hält. Bismarck im Jahre 1888 habe ich darauf hingewiesen, daß das System Bismarck sich eines Tages gegen die Regierung selbst richten würde. Die Erfahrungen des Jahres 1896 haben mich bestätigt. Man darf sich nicht wundern, als ich unter Bismarck das System nur in kleinerem Umfang angewendet. Das gerade Gegenteil ist der Fall, wie die geheimen Ausgaben aus dem Weiskopf beweisen. Niemals wäre Herr v. Tausch in der Lage gewesen, seine Rolle zu spielen, wenn er sich nicht demütig gegen die Ehre in Staat und Gesellschaft einen harten Rückschlag bezieht. Ohne die Opposition der Konfessionen gegen den Reichsanwalt Grafen Caprivi, gegen den Staatssekretär von Marschall und schließlich auch gegen den jetzigen Kanzler wären derartige Angriffe nicht möglich gewesen. In dieser Exposition beweist das System Tausch, von dem Reich nicht unterstüzt wurden. Die Form des Antrags Mandel bezieht sich nicht, denn am System wird dadurch nichts geändert.

Der frühere preussische Minister des Innern, Graf v. Eulenburg, konnte die polnische Polizei nicht davon überzeugen, daß

der im jetzigen Prozeß enttarnte Normann-Schumann von ihr entlassen werden mußte. Es ist verwunderlich, daß dieser Herr nach wie vor in seiner Stellung bleibt. Wir haben durch unsere Vertrauensmann — denn wir haben auch Vertrauensleute, nur mit dem Unterschiede, daß sie erwidern nicht, als die der politischen Polizei — Enthüllungen über Normann-Schumann eingesehen lassen und ihn in seiner Wohnung in Heidenhof beobachtet. Daraus ergibt sich, daß er für das „Memoriale diplomatique“ Artikel schrieb, in denen fortgesetzte Angriffe auf den deutschen Kaiser und den Reichsanwalt enthalten waren; er wurde damit beauftragt, festzustellen, wie diese Artikel geschrieben sind, natürlich ohne Erfolg. Schließlich habe ich später Normann-Schumann persönlich kennen gelernt, als ich mit dem Grundriss, das ihm gehörte, und das ich fremd von mir laufen wollte, anlag. Ich erkannte ihn als einen Mann von ganz ungläublicher Indiskretion. Er war es auch, der in das Wiener Tageblatt Nachrichten über den Minister von Bülow brachte, die nur der intimsten Kreise bekannt sein konnten; er stand auch in engen Beziehungen zu Altwald und spielte in dessen „Innenministerium“ eine Rolle. So ist es zu erklären, daß Altwald im Gefängnis dauern den Besuch des Herrn von Tausch empfangt und nach sechs Monaten so weit herauskam, wie noch nie ein Gefangener das Gefängnis verlassen hatte. Nach Ausweisung des Korrespondenten des New York Herald hat es Normann-Schumann verstanden, selbst die Korrespondenz für das Blatt zu übernehmen und gegen die Regierung zu leben. Er war es auch, der der Grafen Eulenburg als Bericht über den Artikel in der Reichlichen Zeitung demargierte, der dessen Abdruck zur Folge gehabt hat. Aus allem geht hervor, daß die polnische Polizei ihre Kräfte in den Dienst von Leuten stellt, die mit der Regierung nicht nur nichts zu thun haben, sondern gegen sie intrigieren. Durch den Prozeß Herr Helmreich ist auch festzustellen, daß der Reichsanwalt Graf v. Helmreich Eulenburg ein „Gefährliches“ Objekt darstellt, welches für eine Defekation des Herrn von Tausch vorteilhaft geworden ist und ihm dazu gratuliert hat. Es wäre doch wichtig gewesen, festzustellen, wie weit die Beziehungen von Tausch zum Grafen Eulenburg gehen. Den Herren von der Regierung möchte ich die Frage vorlegen, ob angelehnt der Rolle, die Herr v. Tausch gespielt hat, nicht eine Revision der polnischen Prozesse notwendig ist, in denen er als Zeuge aufgetreten ist. Denn zweifellos hat er, um sich ein rotes Bändchen zu verdienen, sein Amt gemißbraucht und unzulässige Menschen ins Licht geführt. Auf Grund langjähriger Erfahrungen vermute ich, daß die polnische Polizei eine höchst bedenkliche Institution ist. Redner hebt auf das Verhalten der polnischen Polizei in verschiedenen Hochverratsprozessen ein, vom Jahre 1845 bis zur Gegenwart, und erinnert an das Verhalten des Polizeirat Stöbe.

Staatssekretär v. Marschall protestiert gegen die Eineinsetzung des Grafen v. Eulenburg in die Debatte. Der Reichsanwalt habe einfach eine ihm obliegende Dienstverpflichtung erfüllt, als er Tausch in Stettin einen vötrischen Orden verschaffte. Was die Beziehungen Normann-Schumanns zu einem hochgestellten Offizier betrifft, so habe ich nirgend eine Spur irgend eines hochgestellten Offiziers, der sich als alle Höhen der Antiquie in Händen zu haben glaube. Die Art des Kriminalkommissars v. Tausch, nach hochgestellten Intendanten zu lauschen, ist nichts als ein leichtsinniges Spiel mit der Ehre der Ministerien. Wir müssen damit ein Ende machen, weil damit immer mehr überreizt wird. Als v. Helmreich (Stimm) hat er sich gegen das Verhalten des Reichsanwalters Eulenburg als ganz unzulässig hin. Gerate die Sozialdemokratie habe sich die Manier der polnischen Polizei nach und nach angeeignet. (Webel:) Reden Sie vor Ihrer eigenen Ehre, Herr Graf. Seine Ausführungen im Abgeordnetenrat sind das Resultat eines eingehenden Studiums der polnischen Prozesse. Das Verhalten des Herrn Staatssekretärs sei eine hervorragende persönliche Leistung gewesen.

Staatssekretär v. Marschall stellt für letzten Punkt volle Reichsrecht fest.

Herr Minister (reel. Bsp.) wundert dem Staatssekretär Glück zu der Art, wie er den Abg. v. Eulenburg abgeführt habe. Niemals sei die kontervative Polizei so abgeführt worden wie heute. Redner erinnert an das Vorhaben des Herrn v. Bismarck im „Vormprozeß“. Redner kritisiert weiter das Verhalten der polnischen Polizei und beklagt sodann die Abwesenheit des preussischen Ministers des Innern.

Abg. Graf Herbert Bismarck will sich als Wider jedes Urteils enthalten, bis der auffällig lange dauernde Prozeß Tausch beendet ist. Redner erklärt es für vollständig unbegründet, daß Beziehungen zwischen Tausch und der Familie Bismarck behauptet werden. Tausch hat sich auf dem Gebiet der Antiquarier zu bewegen. Hierauf wird die Vertagung beschlossen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr. Rest der heutigen Tagesordnung. Schluß 5 Uhr.

Inseln.

Österreich. Lumpengesindel. Die Wiener Antisemitischen sigen jeden Abend für Abend eine Schar verlumpter Leute von Kneipe zu Kneipe. Die Kerle sind aneinander, überall Schweinereien anzurichten, zum Schluß aber, wenn sie hinausgeworfen werden, ein Hoch auf die Sozialdemokratie auszubringen. Der Zweck des Ganzen ist: die Wahlschancen der österreichischen Genossen zu verringern. — Schöpfles Red.

Italien. Das Volksreferendum wurde in Italien zum erstenmal in der Stadt Mailand ausgesetzt. 26 000 Bürger erklärten sich durch Namensunterschrift gegen die vom Stadtrat beschlossene Ausdehnung der Accien auf die Vorstädte und verlangten die Abschaffung der Accien überhaupt und die Einführung der direkten progressiven Einkommensteuer.

Spanien. Auf Cuba sind die „Rebellen“ immer noch nicht „gebändigt“. Sie greifen einen Eisenbahngang an, wobei ein Hauptmann und fünf Soldaten getötet wurden.

Türkei. Eine Muttastatistik. Bei den Blutbädern der Türken gegen Griechen, Armenier, Nestorianer, Bulgaren, Maroniten u. s. w. in den Jahren 1822, 1850, 1862, 1878, 1894—96 sind 381 000 Menschen erschlagen worden.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Der verantwortliche Redakteur der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung, Herr Altkl. 1896, hatte sich vor dem Schöffengericht wegen Verleumdung des Reichsanwalters Lorenzen zu verantworten. Es handelte sich um die bekannte gegen die Sozialdemokratische gerichtete Vorentscheidungschrift, die von Altkl. 1896 einer Kritik unterworfen war. Dem Beklagten wurde der Schuld des § 193 ungeproben. Trotzdem lautete die Strafe auf 200 Mk. oder 20 Tage Gefängnis.

8. An die Arbeiter Deutschlands! lautet ein Flugblatt über den Kampf der Arbeiter in Breslau...

Parteinärrichte.

Der Nationalmann Zeit war mit Begegnung auf den Tag...

Jur Arbeiterbewegung.

Im Auslande befinden sich die Holzarbeiter der Richten...

Der Streik in Hamburg.

Infolge der herrschenden Witterung ist gegenwärtig Wasserstraße...

Die R. Hamburger Zeitung meldet, der bekannte Privatdozent...

Die erste Bewegung der Streiks in Wolframden soll nach dem...

In fast hundert Veranlassungen wurde mitgeteilt, daß die...

Die Schenkerei ermittelte am Freitag einen Gefangen weger...

Die Arbeiter in der Meiseife. Unter dieser Schirmherrschaft...

Spottet seiner selbst und weis nicht wie: das Behen...

Nu unterrichten sind noch an 1000 Personen.

Neue Wirtshäuser. Während es Thatsache ist, daß Herr...

Was denn eifernden Streikbrecher, der Zwischmaschine...

Lothales und Provinziales.

Halle a. S., 6 Februar 1897

* Alle Gewissen werden gebeten, für recht starken Besuch...

* Unter Eid. Der frühere Kriminalassistent Förster...

* Arbeitlose und Militär. Wie uns aus dem hiesigen...

* Was braucht sich das Volk zu haben! Necht wie aus...

Die Mitglieder des Verbandes der deutschen Bergleute...

Die Arbeiter in der Meiseife. Unter dieser Schirmherrschaft...

zahlen. Durch die großen Baure, durch Verhandlungen...

* Die gesamte bürgerliche Presse unserer Stadt...

* Im hiesigen Viehhofe sind im Monat Januar...

Table with 2 columns: Animal type and count. Includes: Ochsen und Bullen, Kühe und Färren, Säuber, Schafe und Ziegen, Schweine.

An Schlichtgebühren wurden dafür 15478 Mk. vereinbart.

* Aus dem Bureau des Stadttheaters. Alchenderb...

das in glänzender ausgestattete Weinhallenmarchen gelangt...

Am Dienstag wird Ende Juli der fünfte (Land-)...

Die Arbeiter in der Meiseife. Unter dieser Schirmherrschaft...

